

## Klimalast

### Zu viel für einen Gipfel

Ein Minimalkonsens ist in Kopenhagen herausgekommen. Ein gescheiterter. Ian Fry aus Tuvalu sagte zu Beginn der letzten Nacht: „Wir führen unsere Verhandlungen nicht über die Medien, sondern hier im Plenum.“ Und folgerte, dass der Minimalkonsens den Tod seines Inselreiches bedeute. Die Temperatur auf der Erde soll nicht um mehr als zwei Grad Celsius ansteigen, für die Zeit zwischen 2010 und 2012 bekommen die Entwicklungsländer 30 Milliarden Dollar für Forschung und Schutz der Wälder.

Letztlich tagte das Plenum noch am Morgen um 09:00 Uhr, die Weltpolitiker waren zu Hause und der dänische Ministerpräsident Ramussen ausgewechselt. Der Minimalkonsens wurde nicht beschlossen, sondern nur aktuell zur Kenntnis genommen – mit Blick auf Besserung für das Jahr 2010, wenn voraussichtlich in Bonn ein völkerrechtlicher Vertrag entstehen soll.<sup>1)</sup> Das Scheitern der Klimaver-

handlungen ist nach Ansicht des katholischen Hilfswerks Misereor ein Armutszeugnis für die Politik, eine Schande für die Industrieländer und eine Katastrophe für die Menschen in den Entwicklungsländern. „Ich bin entsetzt! Wir hätten ein starkes rechtlich verbindliches Abkommen gebraucht. Herausgekommen ist aber überhaupt nichts, bis jetzt nicht einmal eine politische Erklärung. Es ist unverantwortlich, dass diese historische Chance nicht genutzt wurde und das Klima-Abkommen aufgrund wirtschaftlicher Interessen gescheitert ist“, so der für Misereor zuständige Hamburger Erzbischof Werner Thissen.<sup>2)</sup> Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Erstens stimmt die Ambition des Klimaschutzes nicht. Die Welt ist damit eher auf einem Pfad in Richtung 3,5 Grad Temperaturanstieg als 2 oder gar 1,5 Grad. Zweitens ist bei den Finanzzusagen für 2020 von insgesamt 100 Milliarden Dollar für Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung nicht sichergestellt, dass es sich hier nicht um einfach um Umetikettierung von Geldern der Armutsbekämpfung handelt. Drittens ist auch nicht klar, ob die USA, China und andere Schwellenländer in wenigen Monaten in einem rechtlich verbindlichen Abkommen gebunden sein werden.“<sup>6)</sup>

### Die Last ist zu groß

Nichts geringeres als die „Rettung der Welt“ wurde vom Gipfel erwartet. Aufgestaute Enttäuschungen aus einer Reihe von Klimaverhandlungen. Bali 2007: Sunita Narain, von der indischen NGO Down to Earth hatte die

Klimakonferenz in Bali als „Mother of all no-deals“ bezeichnet. Die Weltgemeinschaft hätte seit Kyoto keinen Schritt vorwärts gemacht. Bali hätte aber gezeigt, dass der Kampf um das Klima „brutal und selbstbezogen“ geführt werde.<sup>3)</sup>

„Verbreitetes Lamentieren“ hatte auch Klimaexperte Prof. Dr. Reimund Schwarze am Helmholtzzentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig<sup>4)</sup> nach Poznan ausgemacht, dem Kopenhagener „Vorgipfel“ in Polen: „Die Welt weit weg von einer gemeinsamen Vision im Klimaschutz, die Verhandlungen in Kopenhagen gefährdet und damit eine Einigung auf verbindliche Ziele bei der Emissionsminderung in der Zeit nach 2012.“

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) hatte schon früh nicht mehr auf die Politik gesetzt: „Aus dem Blickwinkel von uns Physikern sind die vollmundigen Versprechen der Politiker nicht nachvollziehbar“, sagte Professor Walter Blum, Sprecher des Arbeitskreises „Energie“ auf der Jahrestagung 2007 in Regensburg<sup>5)</sup>. Die Physiker begründen ihre Skepsis, dass Verbraucher ihr Verhalten beim Energiekonsum nicht wirklich freiwillig ändern wollen. Folge: Wer wiedergewählt werden will, darf keine unpopulären Maßnahmen einleiten.

### Ich bin das Klima

Kopenhagen war Bühne, Täter und Opfer saßen im Saal. Sie schauten zu, ob Obama zum Gipfel anreist oder nicht, sie warten das Ergebnis ab, wie sie sich in den nächsten Jahren verhalten müssen. Die Dramaturgie der letzten Nacht führt zu Kopfschütteln

Herd-und-Hof.de berichtet Mo bis Fr über Landwirtschaft, Ernährung, Handel

Branchennachrichten für Verbraucher aus der gesamten Wertschöpfungskette: Umwelt, bäuerliche Praxis, Nachrichten des Handels, Lebensmittel Politik, Wirtschaft, Wissenschaft

Allgemeine gelehrte Kurtzwheyl über Speis´ und Trank

(„Ich wusste es!“) oder zu passivem Ansporn („Neue Chance für das nächste Treffen!“). Der Klimawandel hat keine Massenmobilisierung hervorgerufen, wie beispielsweise die Friedensbewegung der 1980er Jahre, bei der die Menschen eine persönliche Furcht empfanden. Die Fokussierung auf Kopenhagen als „Rettungsgipfel“ schiebt die Verantwortung auf eine andere Ebene. Persönlich schleicht sich immer mehr das Gefühl ein: „Ich bin das Klima“, „Ich kann etwas ändern!“ oder ganz drastisch: „Ich bin schuld!“. Wer das ausblenden möchte, wartet auf Kopenhagen.

Wenn Kopenhagen etwas bewirkt haben soll, dann die Folgerung, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Die Erderwärmung im Jahr 2050 ist für die meisten Menschen zu abstrakt und entfernt. Ein Zeitraum, den kaum einer überblicken kann. Wer beim aktuellen Blick auf das Thermometer sagt „Ich dachte es wird wärmer!“, zeigt, dass der Kern des Themas noch weit weg ist. Trotz aller Details in den Prognosen, fehlt die Vorstellung, was wie wirklich passiert.

Reinhard Hüttel vom Geoforschungszentrum Potsdam warnt vor Irrtümern: „In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck: Sobald wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den Griff kriegen, sind wir von den negativen Effekten des Klimawandels weitgehend geschützt. Ein Beispiel: wenn in Süddeutschland tropische Insekten leben, die gefährliche Krankheiten übertragen, kann man die nicht mit einem verringerten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bekämpfen.“

Wenn die Sommertrockenheit in Ostdeutschland dem Maisanbau ein Ende bereitet und die Bauern auf Winterweizen umsteigen, sieht es für den über Land fahrenden Städter immer noch „grün“ aus. Europa und Deutschland kommen beim Klimawandel offenbar glimpflicher davon, weswegen Uwe Möller vom „Club of Rome“ auf dem MeLa-Kongress<sup>7)</sup> einen offenen Dialog über Lebensstile forderte: „Ein Schnitzel mit 50 Prozent Wasseranteil für 98 Cent“ sei auf die Dauer nicht tragfähig. Vorschläge zur Klimabewahrung appellieren ungewöhnlich stärker direkt an das Gemeinverständnis, denn an den eigenen Horizont.

Tuvalu immer im Blick.

## Eingriff in den Alltag

Auf dem deutschen Geflügeltag stellte Dr. Reinhard vom Heidelberger IFEU Institut für Energie- und Umweltforschung Ergebnisse zu Ökobilanzen von Lebensmittel vor. Im Ergebnis ist die Umweltfreundlichkeit nicht vordergründig eine Diskussion über ökologischen der konventioneller Landwirtschaft, sondern vor allem eine Frage des Verbraucherverhaltens: „Der Verbraucher kann mehr für das Klima tun als der Bauer!“<sup>8)</sup> Kopenhagen sendet das fatale Signal aus, dass andere das Klima regulieren und Verantwortlichkeiten übertragen sind.

Wer im Bioladen einkauft, kann seinen Kassenbon nicht als Ablassbrief verstanden wissen. Gerade die gut verdienenden Ökokunden sind mit ihrer Mobilität kein gutes Klimavorbild. Im Sommer 2009 zeigte die Diskussion über die Lohas, dass alternativer Konsum keine Konsumkritik ist – Manfred Linz vom Wuppertal-Institut warf den Lohas vor, mit ihrem „grünen Konsum“ keine tiefgreifende Konsumänderung in Gang zu setzen.<sup>9)</sup>

Fleisch ist das Beispiel der Stunde, weil es alles vereint, um was es geht: Fleisch wird auf hohem Niveau verbraucht, es ist weltweit mit dem Image des Wohlstands verzahnt, weswegen die meisten Menschen ihren Verbrauch noch steigern werden, Fleisch verdrängt durch den Anbau von Futtermitteln mehr Nahrungsgetreide als Biomasse, die Tierhaltung zählt zu den wichtigsten Treibern lokaler Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern und jeder einzelne kann den Fleischkonsum unmittelbar beeinflussen. Diese Stärke ist aber auch seine Schwäche, wenn es geht, einen vegetarischen Imperativ auf neun Milliarden Menschen zu übertragen: Brasilien verkauft Futtermittel und Fleisch auf den wachsenden asiatischen Märkten. Bei McPlanet<sup>9)</sup> zeigte sich einhellig die Meinung, dass Fleischkritiker nur wenig Einflussmöglichkeiten haben.

Susanne Gura, Beraterin für internationale Agrarpolitik, sagte zu Herd-und-Hof.de, dass die Chinesen sogar schon selbst über eine Verzehrsempfehlung nachdenken, weil zu viel Fleisch nicht notwendig ist. Sie erinnert daran, dass zum Beispiel über Nestlé Schulmilchprogramme initiiert

wurden, so dass nicht traditionelle Verzehrsgewohnheiten ungefragt propagiert und übernommen werden. Reinhild Benning vom BUND denkt an Beschränkungen durch Anbauregelungen. So müsse die Hälfte der Futtermittel auf den eigenen Betrieben erzeugt werden und mehr als zwei Großvieheinheiten je Hektar dürften nicht erlaubt sein. Schließlich müssen die Europäer ihrer Vorbildfunktion gewahr werden und könnten damit die Verringerung des Fleischverzehr auch in die Schwellenländer exportieren. Für Veganer Erasmus Müller von Nandu steht das Thema noch überhaupt nicht auf der politischen Agenda, weil die Tierproduktion zu den festen Erfolgsgrößen der Entwicklungspolitik dazu gehört. Und Will Kampmann vom Deutschen Bauernverband sieht nahezu keine realistische Einflussmöglichkeit. Wenn irgendwo Standards eingesetzt werden, dann müssten sie international gelten und auch die Kampagnen für eine ausgewogene und gesunde Ernährung sollten weltweit implementiert werden.

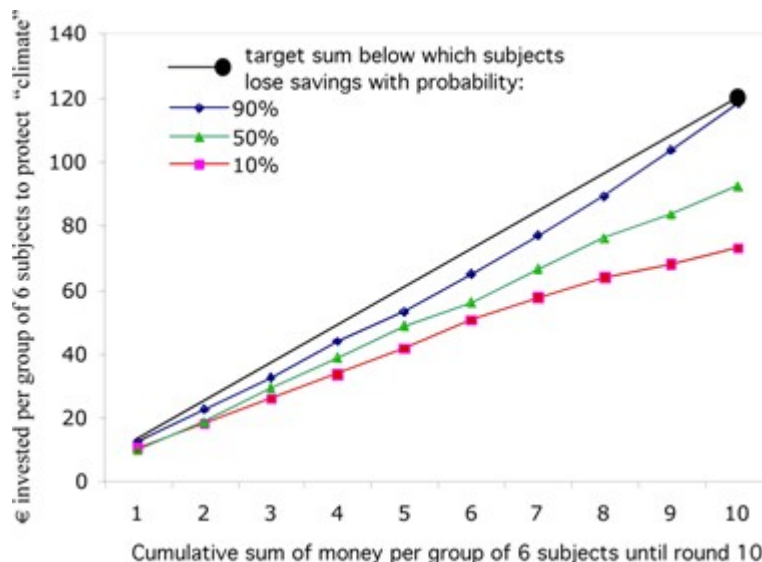
## Der Rock und das Hemd

Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Evolutionsbiologie<sup>15)</sup> haben in einer Spielanalyse den Eigennutz mit dem Gesellschaftsziel verglichen. Die Wissenschaftler haben in einer Simulation 30 Teams mit jeweils sechs Studenten Geldsummen von 40 Euro von einem privaten Konto spenden lassen, um das gemeinsame Ziel Klimaschutz zu erreichen. Das Ziel war erreicht, wenn die Gruppe 120 Euro zusammen hatte. Bekam ein Team die Summe zusammen, erhielt jeder das Restgeld von seinem Konto ausgezahlt. Wurde die Summe nicht erreicht, ging auch das persönliche Konto verloren. Direktor Manfred Milinski beschreibt die Situation: „Jeder einzelne kann nun darauf spekulieren, dass die anderen in seiner Gruppe genug investieren. Er kann sich zurückhalten und hat am Ende mehr Geld auf seinem Konto.“ Das aber birgt das Risiko, dass nicht genug zusammen kommt und alle Alles verlieren.

Es wurden mathematisch drei Verlustszenarien in Höhe von 90, 50 und 10 Prozent simuliert, in denen das

Restgeld verloren ist. Rational wäre es, bei einem hohen Verlustrisiko in den Gemeinschaftstopf einzubezahlen, doch ist das Ergebnis ernüchternd: Selbst bei einem Verlustrisiko von 90 Prozent, schaffte es nur die Hälfte der Gruppen, die vereinbarten 120 Euro einzubezahlen. Verluste konnten von Altruisten nur selten kompensiert werden, so die Wissenschaftler. Je geringer das Verlustrisiko war, desto geringer wurde die Spendenbereitschaft.

**Drohender Geldverlust macht Druck:** Die Spielgruppen erreichen das kollektive Spendenziel nur, wenn ein Misserfolg einen zu 90 Prozent wahrscheinlichen Verlust ihres Geldes erwarten lässt  
MPI für Evolutionsbiologie/MPI für Meteorologie



## Wunsch und Wahrheit

Nach einer Umfrage der Arbeitsgruppen Methode und Evaluation der Philipps-Universität Marburg sind die Deutschen längst nicht so klimabewusst, wie sie selbst glauben. Unter der Leitung von Professor Dr. Udo Kuckartz bringt die Studie das Ergebnis hervor, dass sich in Deutschland eine gewisse Selbstzufriedenheit breit gemacht hat. Nirgendwo, außer in Irland, sind so viele Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass die Regierung doch schon genug im Kampf gegen den Klimawandel tue - und diese Stimmung „Wir tun doch schon genug“ herrsche auch hinsichtlich des Beitrags der Zivilgesellschaft vor. Ein weiteres Ergebnis der Studie<sup>17)</sup> ist die Differenz zwischen dem „Wir“ und dem „Ich“, die bei vielen Fragen der empirischen Untersuchungen augenscheinlich ist. So ist die große Mehrheit zwar der Meinung „Wir Bürger müssen mehr für den Klimaschutz tun“ oder „Wir können durch unser Kaufverhalten viel bewegen“ doch faktisch tun dies nur relativ wenige. Offenbar schließt das „WIR“ die eigene Person nicht ein. In der Eurobarometerstudie sagen beispielsweise 75 Prozent der Europäer, dass sie umweltfreundliche Produkte kaufen, aber nur 17 Prozent der gleichen Personen haben dies im letzten Monat tatsächlich getan.

## Richtig bilanzieren

Nach gängiger Sprachregelung „verursacht“ ein deutscher Bundesbürger im Durchschnitt Emissionen von etwa 10 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Für China liegt der Wert bei 4,6 Tonnen pro Jahr, für einen US-Amerikaner sogar bei über 19 Tonnen pro Jahr. Diese Werte verschieben sich aber zu Ungunsten der Industrieländer, wenn die Auslagerung bestimmter Produktionen berücksichtigt wird. Viele Emissionen in Ländern wie China oder Indien entstehen für die Herstellung von Produkten, die in Europa und Nordamerika konsumiert werden. Nach dieser Rechnung können einem chinesischen Einwohner nur noch drei Tonnen pro Jahr und einem US-Amerikaner sogar 28 Tonnen pro Jahr angelastet werden.

Diese in der Wissenschaft als graue Emissionen oder „embodied emissions“ bezeichneten Beiträge haben eine große politische Bedeutung: Entscheidend für die Emissionen ist der Konsum und damit das Wohlstandsniveau, weniger die Frage, wo die Emissionen erfolgen. Die reichen Länder lenken von diesem Tatbestand gerne ab, indem sie auf die großen Absolutmengen der Emissionen aus den bevölkerungsreichen Ländern verweisen.

Was für den einzelnen Bürger gilt, ist auch für den Klimafußabdruck eines produzierenden Unternehmens wichtig. Meistens sind es nicht die direkten Kohlendioxidemissionen, der Strom oder die Transporte, die in der Klimabilanz eines Unternehmens auffallen. „Einen wesentlichen Anteil haben die mit den eingekauften Vorprodukten verbundenen Emissionen und ein großer Teil davon wird in anderen Ländern freigesetzt“, sagt Professor Dr. Mario Schmidt vom Institut für angewandte Forschung der Hochschule Pforzheim<sup>16)</sup>. Mit der Globalisierung des Welthandels könne man die Verantwortlichkeit am Klimaschutz nicht mehr national, sondern nur noch verbrauchsbezogen festmachen. Die richtige Bilanzierung sei deshalb der erste Schritt zum ehrlichen Umgang mit seiner eigenen Rolle in der Klimadiskussion.

## Der regionale Ansatz

Die Autoren Robert N. Stavins und Albert Pratt vom Harvard Project on International Climate Agreements der Harvard Kennedy School<sup>10)</sup> haben im Oktober die Alternative für den Klimagipfel definiert, die Klimaabkommen auf nationaler Ebene fest zu schreiben. Dazu gehört ein ganzes Portfolio von Möglichkeiten wie die CO<sub>2</sub>-Reduzierung, Kohlendioxidsteuer oder Technologiestandards. Davis und Pratt halten das System für glaubwürdiger als internationale Abkommen, es sei effektiver, weil es flexibler und nachvollziehbarer sei. So ein „Portfolio of domestic commitments“ würden die Länder gemäß ihrer eigenen Gesetzgebung viel eher akzeptieren. Die Bestandteile des Portfolio solle durchaus auf großen Konferenzen definiert werden oder könnten von einigen wichtigen Ländern beschlossen werden, um andere zur Teilhabe einzuladen. Die Portfolios könnten dabei den lokalen ökonomischen, politischen und ökologischen Zielen besser angepasst werden.

## Landwirtschaft – Das Problem:

Während des Klimagipfels in Kopenhagen hat eine „Global Research Alliance on Agriculture Greenhouse Gases“<sup>(11)</sup> aus 21 Ländern sich des Themas angenommen, dass die Landwirtschaft rund 14 Prozent der weltweiten Treibhausgase verursacht. Unter der Leitung von Tim Grosser, Mitarbeiter aus dem Umweltministerium und zuständig für Aspekte des Klimawandels, will die Allianz im März 2010 ein erstes Treffen abhalten. Bis 2050 wird der Nahrungsbedarf um das Doppelte ansteigen. Parallel dazu der Ausstoß an Treibhausgasen um 30 bis 40 Prozent. Mit einem Budget in Höhe von 150 Millionen US-Dollar ausgestattet wollen, die Erstgründer USA, Neuseeland und Kanada zusammen mit Chile, Kolumbien, Ghana, Indien Malaysia und Uruguay den Ertrag der Landwirtschaft steigern, ohne dass mehr Treibhausgase entstehen. Die Allianz setzt auf wissenschaftliche Expertisen, die Flaschenhalse in der Produktion zu identifizieren und zu lösen. Deutschland hat sich der Allianz ebenfalls angeschlossen.

### Die Welt braucht eine nachhaltige Produktivitätssteigerung

Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, formulierte zu Beginn des Jahres 2009 den Masterplans<sup>(12)</sup>, die künftigen Herausforderungen zu erfüllen. Die Landwirtschaft könne man nicht mehr nur als deutsche betrachten, sondern muss in den globalen Kontext gestellt werden. Ein Masterplan könne aus der Versorgungsfalle heraushelfen. Die moderne Bauer steht dabei im Mittelpunkt als „landwirtschaftlicher Unternehmer, der nachhaltige Produktivitätssteigerungen möglich macht.“ In einer zur Wintertagung beauftragten Studie für die DLG heißt es, dass die Menschen die Landwirtschaft immer noch nicht als „modern“ einstufen. Handwerkszeug für den neuen Landwirt ist die moderne Technologie, die oft hinter dem Bild der „bäuerlichen Idylle mit einer mehr anthropogenen Definition von Tiergerechtigkeit“ zurücksteht. Auch eine „extrem hohe Risikobewertung“, wie sie aktuell bei den Pflanzenschutzmitteln durchgeführt werde, verlange „einen hohen Preis in Form von nicht erzeugten Lebensmitteln“. Die Gentechnik biete Möglichkeiten, Pflanzen mit einer leistungsfähigen Genetik auszustatten und die Menschen würden sie eher akzeptieren, sind sie über das Ausmaß der zukünftigen Herausforderungen informiert.

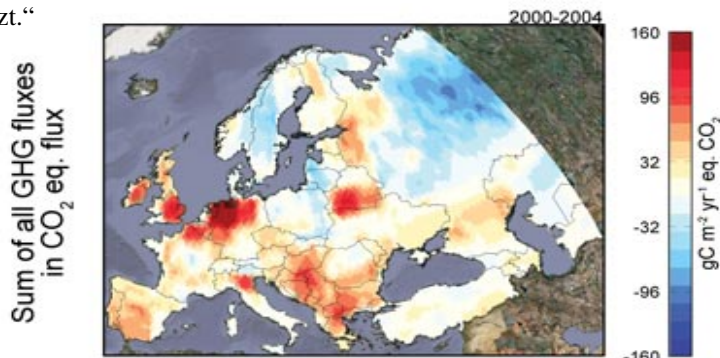
Beim Bodenschutz fügt Bartmer hinzu, dass die tägliche Versiegelung von mehr als 100 Hektar Fläche gestoppt werden muss. Zunehmend wichtiger wird die Intensivierung der Agrarforschung. Während das Ausland mit spin-offs aus Lehre und Wirtschaft von sich reden mache, hinke Deutschland hinterher.

### Sackgasse intensive Landwirtschaft?

Auf der anderen Seite warnen Experten vor einer Intensivierung der Landwirtschaft. Das Max-Planck-Institut (MPI) in Jena haben bemessen, dass die Emissionen von Stickoxiden und Methan den CO<sub>2</sub>-Speichereffekt der Wälder wieder zunichte machen.

Von allen globalen Kohlendioxid-Emissionen gelangt weniger als die Hälfte in die Atmosphäre. Der Rest wird in den Ozeanen und terrestrischen Ökosystemen gespeichert. Vor allem wachsende Pflanzen nehmen CO<sub>2</sub> auf. „Daher war man bislang der Überzeugung, die terrestrischen Ökosysteme Europas wirkten sich auf die Treibhausgasbilanz Europas positiv aus“, erklärt Ernst-Detlef Schulze vom MPI für Biogeochemie. Das aber stimmt nicht, wie seine Veröffentlichung in Nature Geoscience<sup>(13)</sup> zeigt.

Den Berechnungen nach nehmen europäische Wälder und Grasland rund 305 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr auf. Das sind etwa 19 Prozent der Emissionen, die durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas entstehen. Aber auch intensive Landwirtschaft und trocken gelegte Moore emittieren, so dass netto lediglich 274 Millionen Tonnen Kohlendioxid gespeichert werden. Das internationale Autorenteam hat dann die starke Treibhausgas Stickoxide und Methan hinzuberechnet. Deren Emissionen heben nahezu gänzlich den noch verbliebenen Speichereffekt auf. Das Ökosystem nimmt letztlich nur noch zwei Prozent der Kohlendioxid-Emissionen. Und, so die Studie weiter, diesen kleinen Effekt habe Europa vor allem den östlichen Ländern wie Russland zu verdanken. Auf die Fläche der Europäischen Union bezogen, speichert die Landfläche kein Treibhausgas, sondern setze sogar noch 34 Millionen Tonnen zusätzlich frei. Als Ausweg empfiehlt Ernst-Detlef Schulz eine Änderung in der Bewirtschaftung der europäischen Landwirtschaft: Unsere Ergebnisse zeigen, dass wir Land anders als bislang nutzen müssen, wenn die europäische Landwirtschaft dazu beitragen soll, die globale Erwärmung abzuschwächen. Methan und Stickoxide sind derart starke Treibhausgase, dass wir eine Bewirtschaftung erreichen müssen, die weniger dieser Treibhausgase freisetzt.“



Schlechte Bilanz: Um zu berechnen, ob die Landschaft Europas Treibhausgase speichert oder freisetzt, haben Klimaforscher erstmals auch Methan- und Stickoxidemissionen aus der Viehhaltung und intensiven Landwirtschaft berücksichtigt. Demnach setzen Wälder, Gras- und Ackerland vor allem in Mitteleuropa unterm Strich Treibhausgase frei (in Kohlendioxid-Äquivalenten/ rote Färbung). Auf diese Weise nivellieren sie fast völlig den Effekt, den etwa russische Wälder als Kohlendioxidspeicher ausüben (blaue Färbung).

CarboEurope Team

## Neue

### Agrarfinanzierung

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)<sup>14)</sup> hat sich dem Thema angenommen und über eine Änderung der begleitenden Agrarpolitik nachgedacht. Es soll eine ökologische Grundprämie geben, die für die Bereitstellung von 10 Prozent landwirtschaftlicher Nutzfläche als „ökologische Vorrangfläche“ und für die Erbringung von Mindestleistungen gezahlt werden. Darüber hinaus sollen Agrarumweltmaßnahmen gezahlt werden, die für gezielte ökologische Anforderungen getätigt werden. Das dritte Standbein soll die Förderung von Naturschutzleistungen ohne direkten Bezug zur Landwirtschaft durch Landschaftspflegemittel sein. Insgesamt sieht der SRU darin neue Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe gerade in den Gebieten, die von der Naturaussstattung benachteiligt sind.

Die zentrale Position des SRU ist: „Zahlungen nur für öffentliche Leistungen“. Der aktuelle europäische Agrarhaushalt gebe das nicht her, so die Sachverständigen. Rund drei Viertel des Budgets entfallen auf die erste Säule, die auf tradierten Zahlungsansprüchen basiere und ökologische Aspekte außer Acht lasse. Aber auch die zweite Säule entspreche nicht in vollem Umfang den künftigen Ansprüchen. Die Mittel werden auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe ausgegeben. Auf die so genannte zweite Achse, den Agrarumweltmaßnahmen, entfallen lediglich zehn Prozent der Gesamtmittel.

Mit der Unterzeichnung der Abkommen über die biologische Vielfalt und die Klimarahmenkonvention trage die EU auch die Verantwortung der Finanzierung. Der SRU lehnt eine Renationalisierung der Umwelt- und Naturschutzleistungen ab. Die Finanzierung sei auch WTO-konform. Der SRU leitet das aus den folgenden Anforderungen zum Handelsrecht ab: Es müssen handelsverzerrende Maßnahmen stark reduziert werden, Schwankungen der Weltmarktpreise dürfen nicht staatlich abgepuffert werden, Subventionen, die einen stark produktionssteigernden Effekt haben sind genauso verboten, wie Zahlungen, die produktionsverringert wirken.

### Agrarökologische Revolution?

Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft hat in Berlin<sup>18)</sup> dagegen erneut einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik gefordert. Auf der Basis des Weltagrarberichts von Weltbank und UN forderte Benedikt Haerlin, im Vorsitz des Weltagrarberichtsrat, eine „agrarökologische Revolution, die durch kleinteilige, arbeits- und wissensintensive Land- und Ernährungswirtschaft die Abhängigkeit von fossiler Energie und Agrarchemie drastisch reduziert, die Bodenfruchtbarkeit und essentielle ökologische Kreisläufe stabilisiert“. Hintergrund ist das Prinzip der Ernährungssouveränität, „die Menschen und souveränen Staaten das Recht gibt, demokratisch zu entscheiden wie sie sich ernähren.“ Der Weltagrarbericht verfolge den Ansatz von unten und nutze das praktische, lokale und tradierte Wissen der Landwirte, um am Gemein-

wohl orientierte Innovationen zu entwickeln. Haerlin rechnete zum Welternährungsgipfel im November angesichts der allgemeinen Botschaft, die landwirtschaftliche Produktion um 70 Prozent steigern zu müssen, vor: „In drei Wochen werden die gleichen Staatschefs in Kopenhagen verkünden, dass zur Stabilisierung des Klimas in den kommenden Jahrzehnten eine Reduzierung der Treibhausgase um 80 Prozent unvermeidlich ist. Landwirtschaft und Ernährung sind insgesamt für etwa 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine Produktionssteigerung um 70 Prozent mit einem Fünftel der heutigen Treibhausgas-Emissionen ist völlig unrealistisch.“



### Waldaktie goes Chile

Am 15. Dezember hat das Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung die Waldaktie aus MV für Chile adaptiert. Gäste in Mecklenburg-Vorpommern können sich symbolisch an Wiederaufforstungen beteiligen - demnächst auch Chilereisende in den Kommunen Rio Hurtado, Melipilla und Puerto Montt. Pflanztermine werden in den Medien bekannt gegeben.

#### Quellenangaben: Fotos: Grafiken MPI; Waldaktie und Titel: roRo

<sup>1)</sup> Spiegel online. 19.12.09

<sup>2)</sup> Misereor. 19.12.09

<sup>3)</sup> [www.downtoearth.org.in](http://www.downtoearth.org.in) am 11.01.08

<sup>4)</sup> UFZ 16.12.08

<sup>5)</sup> Uni Regensburg 29.03.07

<sup>6)</sup> Germanwatch 19.12.09

<sup>7)</sup> Herd-und-Hof.de vom MeLa-Kongress. 12.09.08

<sup>8)</sup> Herd-und-Hof.de vom Geflügeltag. 20.11.09

<sup>9)</sup> Herd-und-Hof.de vom McPlanet-Kongress. 01.05.09

<sup>10)</sup> Stavins, Pratt: „A Portfolio of Domestic Commitments: Implementing Common but Differentiated Responsibilities“. Policy Brief, Harvard Project on International Climate Agreements, Belfer Center for science and International Affairs. Harvard Kennedy School

<sup>11)</sup> Science and Development Network. 18.12.09

<sup>12)</sup> Herd-und-Hof.de. 09.01.09

<sup>13)</sup> E. D. Schulze, S. Luyssaert, P. Ciais, A. Freibauer, I. A. Janssens et al.: Importance of methane and nitrous oxide for Europe's terrestrial greenhouse-gas balance, Nature Geoscience, 22. November 2009

<sup>14)</sup> Herd-und-Hof.de 02.12.09

<sup>15)</sup> MPI 04.12.09

<sup>16)</sup> Hochschule Pforzheim 04.12.09

<sup>17)</sup> [www.klimabewusstsein.de](http://www.klimabewusstsein.de) 04.12.09

<sup>18)</sup> Herd-und-Hof.de 17.11.09